



Die Partei der Wiener

WIEN BRAUCHT EINE STARKE FPÖ

Als einzig ernsthaftes Gegengewicht zur

**ROTGRÜNTÜRKISEN
PACKELEI**

Unser Programm für Wien 2020



 fpoe-wien.at  dominik.nepp

Wir holen unser Wien zurück

Immer mehr Menschen, die in dieser Stadt groß geworden sind und die Lebensqualität genossen haben, müssen leider feststellen: Wien hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert. Und zwar zu seinem Nachteil.

Immer dramatischer werden die negativen Folgen einer politisch verblendeten und fachlich unfähigen rot-grünen Stadtregerung spür- und sichtbar. An der explodierenden Kriminalität. Am kollabierenden Gesundheitswesen. Am Trümmerhaufen sozialer Wohnbau. An den unhaltbaren Zuständen in den Schulen. An der zerbröselnden Infrastruktur, unter anderem mit völlig überlasteten Öffis.

Das kann und darf man nicht hinnehmen. Daher sagen wir: Wir holen unser Wien zurück! Jenes Wien, das wir schätzen und lieben. Jenes Wien, um dessen Lebenskultur wir weltweit - noch - beneidet werden.

Auf den folgenden Seiten stellen wir unsere Ideen, Projekte und Pläne für ein Wien vor, das wieder den Wienerinnen und Wienern gehört und in dem wir uns wieder daheim fühlen können.

Ich lade Sie herzlich dazu ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Denn wenn es um unsere Heimatstadt geht, um unsere Lebensqualität und unsere Kultur, gibt es nur eine verlässliche Kraft – die FPÖ als einziges politisches Gegengewicht zur rot-grün-türkisen Päckerei auf Bundesebene und im Wiener Rathaus.

Wien braucht mehr denn je eine starke FPÖ!

Wien braucht auch Ihre Stimme!


Dominik Nepp



Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen...

Die weltweite Corona-Krise hat auch in Wien tiefe Spuren hinterlassen. Es wird Jahre dauern, bis in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben und in der Wirtschaft wieder tatsächliche Normalität herrscht.

Diese Normalität, die wir alle herbeisehnen, ist aber mit Sicherheit nicht jene „neue Normalität“ eines türkisen Bundeskanzlers Sebastian Kurz und seiner Handlanger, die den Corona-Ausnahmestand gnadenlos ausnutzen wollten, um mit grüner Mittäterschaft ihre Macht auszubauen und einen Überwachungsstaat zu etablieren.

Es ist auch nicht jene linksideologische Normalität, unter der wir nach zehn Jahren ungehemmter rot-grüner Zuwanderungspolitik, haarsträubender Misswirtschaft und milliardenschwerer Skandale leiden.

Was Wien so dringend braucht, ist eine tatsächliche Normalität, in der Wien in entscheidenden Bereichen wie Sicherheit, soziale Fairness, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Arbeitsmarkt wieder auf Erfolgskurs gebracht wird. Und in der wir „echte Wiener“ und alle integrierten, fleißigen Zuwanderer auch selbstbewusst und selbstbestimmt über unsere Zukunft entscheiden.



 fpoe-wien.at  dominik.nepp



Freiheit ohne Corona-Wahnsinn und rot-grüne Willkommenspolitik

- » Die Freiheit, ein normales Leben ohne Maskentheater in einem Überwachungsstaat führen zu können
- » Die Freiheit, uns in unserem eigenen Land frei bewegen zu können
- » Die Freiheit, dass österreichische Unternehmen ohne sinnlose Schikanen wirtschaften und Arbeitsplätze sichern können
- » Die Freiheit, nicht mehr abhängig von globalen Konzernen, fragwürdigen Handelsabkommen und einer unfähigen EU zu sein
- » Die Freiheit, selbst entscheiden zu können, wer bei uns willkommen ist und wer nicht





Null Toleranz für ausländische Straftäter!

Wien ist als Bundeshauptstadt von der explodierenden Kriminalität am stärksten betroffen und durch die ungehemmte Zuwanderung unter Rot-Grün deutlich gefährlicher geworden.

Alkohol- und Waffenverbotszonen sind üble Notwendigkeiten dieser alarmierenden Entwicklung ebenso wie religiös-politische Konflikte, die neuerdings auch auf Wiens Straßen gewalttätig ausgetragen werden.

Gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung gehen überproportional viele Straftaten auf das Konto von Ausländern. Insbesondere auch im Bereich der Schwerkriminalität (Mord, Sexualverbrechen und Körperverletzung).

Während die rot-grüne Stadtregierung mit ihrer undifferenzierten Willkommenspolitik und mit Sozialgeschenken an Zuwanderer weiter Kriminelle aus aller Welt anlockt, stehen wir Freiheitliche für den bedingungslosen Schutz unserer eigenen Bevölkerung. Das bedeutet insbesondere auch keinerlei Toleranz gegenüber ausländischen Tätergruppen und Unruhestiftern.

Unser Programm für mehr Sicherheit:

- » Aussetzung des Asylrechts für Zuwanderer in Wien.
- » Sicherungshaft für kriminelle Migranten.
- » Sofortige Streichung von Sozialleistungen für straffällig gewordene Ausländer.
- » Rigorose Abschiebung straffällig gewordener Ausländer.
- » Aberkennung der Staatsbürgerschaft und sofortige Ausweisung von Ausländern oder Doppelstaatsbürgern, die unser demokratisches Rechtssystem ablehnen und gewalttätige Konflikte aus ihren Heimatstaaten nach Wien importieren.
- » Senkung der Altersgrenze zur Strafmündigkeit auf 12 Jahre im Kampf gegen ausländische Jugendkriminalität.
- » Zumindest 1.500 zusätzliche Polizeibeamte für Wien.
- » Eine eigene U-Bahn-Polizei zum effektiven Schutz für Fahrgäste in den Stationen und Zügen, insbesondere zu Abend- und Nachtstunden.
- » Ein eigenes Sicherheitsressort in der Wiener Stadtregierung und die Zusammenfassung aller Ordnungstruppen wie etwa Parksheriffs oder Waste-Watcher zu einer uniformierten Stadtwache als Ergänzung und Entlastung der Exekutive.

Kein Platz für Islamisten!

Die fortschreitende Islamisierung unserer Gesellschaft, eine gefährliche Folge der von Rot und Grün provozierten Massenzuwanderung ins Sozialsystem, bedroht unsere christlich geprägte Wiener Lebenskultur. An den Wiener Schulen bilden erstmals muslimische Kinder und Jugendliche die religiöse Mehrheit. In einigen Wiener Bezirken ist Mohammed der meistvergebene Vorname.

Die reaktionäre islamische Glaubensausübung ist nicht mit unseren Werten und Regeln vereinbar. Sie stellt unter anderem die Scharia über unsere Demokratie und unsere Gesetze. Das verunmöglicht jegliche Integration und führt zu einer Parallelgesellschaft, die unser Sozialsystem nach Strich und Faden ausnützt, es aber gleichzeitig verachtet.

Auch schwerst kriminelle IS-Heimkehrer – landläufig auch als „Gefährder“ bezeichnet – stellen ein immer größeres Risiko dar. Mehr als 320 dieser Verbrecher sind aktuell in Österreich bekannt. Sie müssen unter Aberkennung der Staatsbürgerschaft kompromisslos des Landes verwiesen werden.

Wir holen unser Wien zurück!

- » Streichung von Sozialleistungen bei nachgewiesener Integrationsunwilligkeit.
- » Tätigkeitsverbot für Vereine und Einrichtungen, die durch islamistische Staaten finanziert werden und radikale Inhalte verbreiten.

- » Streichung sämtlicher öffentlicher Unterstützungsleistungen für Vereine und Organisationen, die Parallelgesellschaften fördern, wie etwa rein muslimische Kindergärten.
- » Rückkehrverbot für islamistische Gotteskrieger nach Österreich und Ausweisung samt Aberkennung der Staatsbürgerschaft für jene die bereits wieder da sind.
- » Gesetzliches Verbot von religiös-politisch motivierten Kundgebungen, mit denen ausländische Konflikte wie jene zwischen Türken und Kurden auf Wiens Straßen ausgetragen werden.
- » Generelles Verbot von Koranverteilungen im öffentlichen Raum.
- » Minarettverbot bei der Errichtung islamischer Gebetsstätten zum Erhalt der christlichen Identität besonders im Stadtbild der Stadt Wien.
- » Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst.
- » Kopftuchverbot für Schülerinnen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres.
- » Burkini-Verbot in öffentlichen Bädern sowie beim Schwimmunterricht.

Erschwingliche Wohnungen für die eigene Bevölkerung!

Das so genannte „Rote Wien“ steht vor den Trümmern des einst so gerühmten sozialen Wohnbaus. Wien hinkt wegen der Untätigkeit von SPÖ-Wohnbaustadträtern bei der Errichtung neuer Wohnanlagen eklatant hinterher und wurde darüber hinaus zum Brennpunkt der Spekulation mit geförderten Wohnungen.

Zehntausende Bürger stehen auf endlos langen Wartelisten für Gemeinde- oder geförderte Genossenschaftswohnungen. Während die unkontrollierte Zuwanderung unter derrot-grünen



Stadtregierung für die dramatische Verknappung am Wiener Immobilienmarkt und explodierende Mieten verantwortlich ist, werden immer mehr Gemeindewohnungen an nicht integrierte Zuwanderer ohne österreichische Staatsbürgerschaft vergeben.

Auf Initiative der FPÖ in der Bundesregierung wurde im Jahr 2019 ein bundesweiter Österreicher-Bonus verankert. Österreichische Staatsbürger und nachweislich integrierte Zuwanderer

stehen seither im Fokus der Wohnvergabe durch Genossenschaften. Die SPÖ Wien weigert sich bisher, diesen Weg auch im Bereich des Gemeindebaus zu beschreiten.

Wir Freiheitliche werden den Wienern auch den Gemeindebau wieder zurückgeben.

Unser Plan für mehr Fairness am Wiener Wohnungsmarkt

- » Gemeindewohnungen und geförderte Genossenschaftswohnungen nur für österreichische Staatsbürger.
- » Die Vergabe von Gemeindewohnungen muss bei Staatsbürgern mit Migrationshintergrund an gute Deutschkenntnisse und eine nachweislich gelungene Integration gekoppelt sein.
- » Spürbare Senkung der Wohnkosten im sozial geförderten Wohnbau durch eine deutliche Reduktion der überhöhten Wasser-, Kanal- und Müllgebühren.
- » Neuorganisation von „Wiener Wohnen“ zu einer zeitgemäßen, wirtschaftlich unabhängigen und nicht korruptionsanfälligen Hausverwaltung mit Servicezentren in allen Bezirken.
- » Offensivere finanzielle Förderung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei Altbauten zur innerstädtischen Stadtpflege und Stadterneuerung.
- » Stopp neoliberaler Spekulationen mit gefördertem und gemeinnützigem Wohnraum durch geldgierige Finanzinvestoren.



Wir bringen die Spitzenmedizin für alle zurück!

Wiens Gesundheitssystem wurde unter Rot-Grün selbst zum Akutpatienten. Dramatischer Personalmangel, stundenlange Wartezeiten in Ambulanzen, menschenunwürdige Gangbetten, unzumutbare Wartezeiten auf Operationen, Massenabweisungen von Notfallpatienten oder viel zu wenig lebenserhaltende Behandlungsmöglichkeiten in der Strahlenmedizin machen die „Spitzenmedizin für alle“ leider nur noch zu einem Versprechen der Vergangenheit.

Die Gründe für die Misere in der Gesundheitsversorgung liegen in totalem Managementversagen etwa bei der Umsetzung eines zeitgemäßen Spitalskonzepts und der Reform des Wiener Gesundheitsverbundes (vormals KAV) sowie haarsträubender rot-grüner Misswirtschaft wie beim Milliardengrab Krankenhaus Nord.

Unser Plan für ein verlässliches Gesundheits- und Pflegesystem:

- » Komplette Reorganisation des Wiener Gesundheitsverbundes (vormals KAV) mit mehr Autonomie für das medizinische und wirtschaftliche Management in den einzelnen Spitälern.
- » Nachhaltige Beendigung des Personalnotstandes im Pflegebereich durch eigene Lehrberufe in der Pflege, um künftig vorzugsweise heimisches Personal zur Verfügung zu haben.
- » Gezielte Ansiedlung und Förderung von niedergelassenen Ärzten in den Bezirken. In Wien fehlt es akut vor allem an Kinderärzten.

- » Sofortige Erstellung eines zeitgemäßen Pandemieplans, da sich das Krisenmanagement rund um das Corona-Virus als veraltet und unzureichend erwiesen hat.
- » Ausbau von Präventivprogrammen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin an Schulen.



Unter anderem soll das Ziel verfolgt werden, der immer häufiger auftretenden Fettleibigkeit aus Bewegungsmangel und schlechter Ernährung gegenzusteuern und schwerwiegenden Folgen wie Diabetes vorzubeugen.



Wir bringen Wiens Schulen wieder unter Kontrolle!

Die Generationen von morgen sind das Kapital unserer Gesellschaft. Der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen kommt daher zentrale Bedeutung zu. Umso alarmierender ist, dass Wiens Schulen teilweise bereits außer jede soziale Kontrolle geraten sind und Lehrer sich zu öffentlichen Hilferufen in Medien gezwungen sehen, weil in Klassen, in denen es nicht selten 90 Prozent Ausländeranteil gibt, die Lage eskaliert.

Die von Rot und Grün forcierte Gesamtschule oder die Abschaffung der Noten sind der falsche Weg im Kampf gegen den Bildungsnotstand an Wiens öffentlichen Schulen. Das zeigen unter anderem die national und international vergleichenden Pisa-Tests, bei denen die Bundeshauptstadt jedes Mal peinlich schlecht abschneidet.

Doch statt gravierende Mängel im Schulbereich zu beheben, investiert die Stadt Wien lieber Millionen etwa in die Zerstörung des Otto-Wagner-Areals – gegen den massiven Protest von Anrainern, Bürgern und Bezirksvertretern – um gleichzeitig Privatbetreibern der CEU-Universität rund um George Soros zum Spottpreis Raum für eine völlig entbehrliche Elite-Universität zur Verfügung zu stellen.

Die Erwachsenen von morgen haben ein Anrecht auf gute Ausbildung:

- » Tadellose Deutschkenntnisse als zwingende Voraussetzung, um am Regelunterricht teilnehmen zu dürfen.
- » Generelles Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und Kindergärten sowohl für Kinder, Jugendliche als auch das Betreuungs- und Lehrpersonal.
- » Ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit einem für Schüler und Eltern nachvollziehbaren Notensystem.
- » Aufwertung der Lehre und qualifizierten Berufsausbildung unter anderem in Schulmodellen mit abschließender Reifeprüfung.
- » Separierung von nicht integrierten, aggressiven und gewalttätigen Schülern in Besserungszentren, um Mitschüler und Lehrpersonal zu schützen. Scharia-Mentalität hat an Wiener Schulen nichts verloren und muss im Keim erstickt werden.
- » Verstärkte Überprüfung von Abwesenheiten bei Unterrichtsgegenständen wie Schwimmen oder Turnen und verstärktes Hinterfragen von Nichtanmeldungen zu schulbezogenen Veranstaltungen.



Schluss mit Sozialgeschenken an Zuwanderer!

Die rot-grün regierte Bundeshauptstadt lockt mit ihren fahrlässigen Geldgeschenken für Ausländer nicht nur Zuwanderer aus aller Welt, sondern auch Asylberechtigte aus den anderen Bundesländern an. Eine aktuelle Studie der renommierten Princeton University unter Mitwirkung österreichischer Wissenschaftler belegt, dass nicht weniger als 42 % der Asylberechtigten wegen der höheren Sozialleistungen nach Wien wechseln.

Das belastet das Budget mittlerweile mit jährlich fast einer Milliarde Euro und trägt zur Rekordverschuldung der Stadt Wien bei.

Gleichzeitig leben bei uns knapp 400.000 Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Unter ihnen befinden sich zehntausende Pensionisten, die von einer kläglichen Mindestpension leben müssen, während Ausländer teilweise bis zu 3.000 Euro kassieren. Das ist ein Verrat an jenen Generationen, die mit ihrem Einsatz unser Land und unseren Wohlstand aufgebaut haben.

Mehr Fairness auch für die älteren Generationen:

- » Sofortige Umsetzung der noch unter der FPÖ-Regierungsbeteiligung initiierten Sozialhilfe NEU für Zuwanderer in Wien, bei der Sach- vor Finanzleistungen stehen und die mit sündteuren Geldgeschenken Schluss macht.
- » Strengstes Vorgehen gegen Sozialmissbrauch und die Koppelung von Sozialleistungen an eine freiwillige und erfolgreiche Integration.

- » Bekämpfung der sogenannten „neuen Armut“, insbesondere bei Pensionisten, mit personenbezogenen Unterstützungen unter Voraussetzung der österreichischen Staatsbürgerschaft und des Lebensmittelpunktes Wien.
- » Erschwingliche Startwohnungen in ausreichender Größe für junge Wiener Paare mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die eine Familie mit Kindern gründen wollen.



- » Investitionsoffensive für mehr Lebensqualität in den großen Bezirken und nicht nur in innerstädtischen Bobo-Oasen. Wien soll die lebenswerteste Stadt für alle und überall sein, nicht nur für Bestverdiener und internationale Manager.

Vernünftig ist nur die Kombination aller Verkehrsmittel!

Die Wiener FPÖ steht für die vernünftige Kombination unterschiedlicher Verkehrsmittel, während die rot-grüne Stadtregierung seit Jahrzehnten einen völlig einseitigen Feldzug gegen das Auto führt.

Mutwillige Schikanen verursachen lediglich Staus und Aggressionen, tragen aber nichts zur Steigerung der Lebensqualität bei. Mit dem Parkpickerl, bei gleichzeitig systematischer Vernichtung von Stellplätzen, wird den Bürgern dreist das Geld aus der Tasche gezogen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind wegen des unkontrollierten Wachstums der Stadt durch die ungehemmte Zuwanderung völlig überlastet.

Durchaus interessante und zukunftssträchtige Modelle wie Leihsysteme und E-Mobilität scheitern an vernünftigen Rahmenbedingungen und Regelungen.



Schluss mit rot-grünen Schikanen und reinem Abkassieren!

- » Rückkehr zur Normalität durch Beendigung der sinnlosen Schikanen für den Autoverkehr, etwa durch stauprovozierende Ideologiekonstrukte wie Pop-up-Radwege oder unangebrachte 30er-Zonen.
- » Demonstrationsverbot auf Hauptverkehrsadern.
- » Kostenloses und in allen Bezirken gültiges Parkpickerl für alle in Wien angemeldeten Autos.
- » Verlängerung bestehender U-Bahn-Linien wie im Falle der U2 bis Groß Enzersdorf, der U3 bis Schwechat, U4 bis Auhof und der U6 bis Stammersdorf.
- » Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel für Pensionisten, die als Wiener hier gelebt, gearbeitet und damit zum System beigetragen haben. Allen übrigen Fahrgästen soll eine 100 Euro-Jahreskarte bei den Wiener Linien zur Verfügung stehen.
- » Regelung von Miet- und Abstellzonen für Leihanbieter von Fahrrädern und E-Scootern sowie Verpflichtung für zugelassene Car-Sharing-Unternehmen, ihr Angebot auch zwingend flächendeckend zur Verfügung zu stellen.

Wir bringen Wiener Betriebe auf die Überholspur!

Das war auch schon vor dem Corona-Shutdown der Fall: Wien hat sich in den 10 Jahren dieser rot-grünen Stadtregierung im Vergleich zu den übrigen Bundesländern vom einst brummenden Wirtschaftsmotor zum traurigen Schlusslicht entwickelt – auf dem Arbeitsmarkt, in der Produktivität und in der Wirtschaftsleistung.

Die Gründe dafür liegen unter anderem in einer wuchernden Bürokratie und Überreglementierung, die Betriebsgründungen vereiteln und zu Unternehmensabsiedlungen oder Schließungen führen. Insbesondere Klein- und Mittelbetrieben – dem Rückgrat der Wirtschaft – wird es zunehmend erschwert, unternehmerisch erfolgreich zu sein.

Wir machen Wien als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver:

- » Großzügiger und wesentlich vereinfachter Zugang für Klein- und Mittelbetriebe zu Förderungen, insbesondere auch für Betriebsgründungen.
- » Gezielte Offensive zur Stärkung des Einzelhandels und der Nahversorgung in peripheren Stadtteilen.
- » Stärkung der Einkaufsstraßen im Kampf gegen den globalen Online-Handel und Maßnahmen zur Bewahrung der Branchenvielfalt.
- » Demonstrationsverbot in sämtlichen Einkaufsstraßen.
- » Förderung der betrieblichen Ausbildung, auch als Alternative zur „Rot-Weiß-Rot Karte“ für nicht-österreichische Arbeitskräfte.





Eine Weltstadt braucht modernes Management!

Explodierende Kosten durch die von Rot und Grün provozierte Massenzuwanderung in das Wiener Sozialsystem, das damit verbundene unkontrollierte Wachstum der Stadt, ein intransparenter Subventions-Wildwuchs rund um SPÖ-nahe Vereine und Organisationen sowie dramatisches Missmanagement im Bereich stadtnaher Unternehmen sind verantwortlich für eine Rekordverschuldung von mittlerweile rund 18 Milliarden Euro.

Damit startet jedes neugeborene Kind in Wien mit einem Schulden-Rucksack von 10.000 Euro in sein Leben.

Wien braucht dringend ein modernes, zukunftsorientiertes und zugleich kostenbewusstes Management – nicht nur, um im wirtschaftlichen Konzert der europäischen Millionenmetropolen mitspielen zu können, sondern auch um Service- und Lebensqualität für die Bürger aufrecht erhalten zu können.

Unser Programm für mehr Service und weniger Geldvernichtung:

- » Komplettre Neuorganisation wirtschaftlich verheerend schlecht geführter Betriebe wie dem Wiener Gesundheitsverbund (vormals KAV) oder Wiener Wohnen.
- » Abschaffung der jährlichen Preiserhöhung von Gebühren wie jener für Müll, Kanal oder Wasser und damit verbundener ungerechtfertigter Mehreinnahmen über die Kostendeckung hinaus. Gebühren dürfen keine verdeckte Steuer sein.
- » Ein in der Verfassung verankertes Verkaufsverbot für Einrichtungen der Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Kanal, Abfallbewirtschaftung, öffentlicher Verkehr etc.), wie dies für die Wiener Quellschutzgebiete bereits der Fall ist.
- » Durchforstung und Evaluierung von Subventionen an Vereine, Organisationen und Unternehmen insbesondere im rot-grünen Parteiemfeld.
- » Schlankere Verwaltung unter Nutzung zeitgemäßer Technologien und Strukturen, aber nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter der Stadt Wien und auf Kosten der Servicequalität für Bürger.

Für uns ist Transparenz eine Frage der Kultur!

Während die rot-grüne Rathauskoalition die soziale Unterstützung für bedürftige Wiener von Jahr zu Jahr heruntergefahren hat, etwa beim Heizkostenzuschuss, werden auf der anderen Seite Subventionen in Millionenhöhe für fragwürdige bis dubiose Kulturprojekte aus dem Fenster geworfen.

Die Weltkulturstadt Wien zeichnet sich dabei mit politisch motivierten Förderungen und Subventionen für teilweise besonders eigenartige Projekte aus.

So erhält beispielsweise jener Verein, der das Amerlinghaus betreibt, rund 250.000 Euro pro Jahr, um mit Hilfe dieser Mittel unter anderem militanten Linksextremismus und Sadomasochismus mit Nadel- und Wachsspielen zu pflegen.

Ein weiteres bizarres Beispiel ist das unter Ausschluss der Öffentlichkeit sendende, politisch linkslinke „Okto TV“, das sich jährlicher Förderungen in Millionenhöhe erfreuen darf.

Brandaktuell nach den Straßenkämpfen zwischen rechtsextremen türkischen Grauen Wölfen, Sympathisanten der kurdischen Terrororganisation PKK und linksradikalen ANTIFA-Berufsrandalierern in Favoriten sind auch fragwürdige Förderungen für ausländische Vorfeldorganisationen und anarchistische Einrichtungen wie das Ernst-Kirchweg-Haus, das seine Wurzeln in der illegalen Hausbesetzer-Szene hat.



Mit uns leuchtet sich der Wiener Subventions-Dschungel:

- » Förderung von Wiener Kulturprojekten in den großen Randbezirken.
- » Eine sich wirtschaftlich selbsttragende Operetten- und Musicalbühne statt der bestehenden unterschiedlichen und defizitären Standorte.
- » Streichung von Subventionen an politisch geführte Vereine (Donauinselfest, Stadtfest, Wienwoche, Stadtpuls, Donaukanaltreiben etc.) im Dunstkreis von SPÖ, ÖVP und Grünen.
- » Sofortige Streichung von Subventionen an sogenannte islamische Kulturvereine, die politisch-religiöse Brückenköpfe etwa des türkischen Erdogan-Regimes sind.
- » Ausbau des äußerst dürftigen Angebots an Musikschulen.



Klima- und Tierschutz brauchen einen kühlen Kopf!

Der Schutz und die Pflege der Umwelt sind insbesondere in Städten sehr große Herausforderungen.

Die Wiener FPÖ setzt dabei im Gegensatz zum Alarmismus und zu den völlig überzogenen Positionen der Grünen auf eine Umweltpolitik mit Hausverstand und sozialer Verantwortung. Maßnahmen müssen effektiv und auch wirtschaftlich vertretbar sein. In keinem Fall dürfen sie zu einer unverhältnismäßigen Kostenbelastung führen.

Im Bereich des Tierschutzes muss selbstverständlich auch das Zusammenleben zwischen Tieren und Menschen in der Stadt geregelt werden, aber mit Augenmaß und ohne unmotiviert Feldzüge wie jenen der roten Umweltstadträtin gegen Hundehalter. Tiere sind nicht nur eine Bereicherung, sondern für viele Menschen auch treue Freunde und Familienmitglieder.

Umweltpolitik mit Verantwortung und Augenmaß:

- » Offensive Förderung und Ausbau von natürlichen Klimatisierungsmaßnahmen wie z.B. Fassaden- und Dachbegrünungen zur Reduktion der Temperaturen in Hitzeperioden.
- » Zügiger Ausbau der aus der Abwärme von Müllverbrennungsanlagen und Kraftwerken gewonnenen, umweltfreundlichen Fernkälte zur Kühlung von größeren Gebäudekomplexen.
- » Intensive Nutzung von Dachflächen für Solarenergie, insbesondere auch auf öffentlichen Gebäuden, wirtschaftlichen Bauwerken und den rund 2.000 Gemeindebauten.
- » Überarbeitung des Tierhaltegesetzes und Abschaffung der in keiner Weise zielführenden „Hundeliste“.
- » Generelles Schächtungsverbot wie in anderen EU-Staaten und der Schweiz. Tierrecht muss vor Religion gehen.



Wien verträgt kein weiteres Bevölkerungswachstum!

Die rot-grüne Stadtregierung hat in den vergangenen zehn Jahren jegliche Strategie zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung vermissen lassen und durch die ungehemmte Zuwanderung Wiens Infrastruktur an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes und öffentlichen Verkehrs etwa hinkt dem unkontrollierten Wachstum der Stadt mittlerweile um mehr als ein Jahrzehnt hinterher.

Auf der anderen Seite sind unter anderem Baugenehmigungen für fragwürdige Prestigeprojekte ohne ordnungsgemäße Flächenwidmungsverfahren oder auch große Grundstück-Deals kurzfristig nach politischen oder dubiosen wirtschaftlichen Kriterien erfolgt.

Die Folgen sind nicht nur Rechtsunsicherheit und finanzielle Nachteile für seriöse Investoren – sondern vor allem auch berechtigte Widerstände in der betroffenen Bevölkerung und der drohende Verlust des Prädikats UNESCO-Weltkulturerbe für die Innere Stadt.

Unser Programm für eine vertrauenswürdige Stadtentwicklung mit Plan:

- » Null-Zuwanderung, um ein weiteres unkontrolliertes Wachstum der Stadt zu verhindern.
- » Konsequente und verbindliche Einhaltung von Festlegungen in Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ohne Ausnahmebestimmungen, die zu Intransparenz und Verwässerung führen.
- » Der Status der Inneren Stadt als UNESCO-Weltkulturerbe muss unter Einhaltung aller damit verbundenen Richtlinien gewahrt werden.
- » Zügige Verwirklichung der wirtschaftlich-regionalen Zukunftsvision „Twin Cities“ mit Pressburg.
- » Verzicht auf ohnedies umstrittene Monsterprojekte im Wohnbau und besondere Bedachtnahme auf die Vermeidung einer zusätzlichen Bodenversiegelung.
- » Schutz des Ortsbildes in gewachsenen Siedlungsgebieten bei Neubauprojekten durch angepasste Planungen im Sinne von Mensch und Natur.
- » Mehr Grün durch ein striktes Wiener Baumschutzgesetz sowie die Aufforstung mit 50.000 zusätzlichen Bäumen im Verantwortungsbereich der Wiener Stadtgärten innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren – was einem Plus von 10 Prozent des aktuellen Bestandes entspräche.



Die Partei der Wiener